

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7zeilige Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Plavorkchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7zeilige Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Abbruch der polnisch-litauischen Verhandlungen.

Abreise der polnischen Delegation.

Warschau, 21. September. (U.) (Halbamtlich.) Die polnisch-litauischen Verhandlungen in Kalwarja wurden vorgestern abgebrochen. Die litauischen Delegierten hatten folgende Bedingungen zur friedlichen Besetzung des Konfliktes gestellt: Die litauische Armee zieht sich bis zur Hochlinie zurück. Die polnischen Truppen gehen auf die gleiche Entfernung wie die litauischen von der Frontlinie zurück. Dadurch würde eine neutrale Zone unter gemeinsamer polnisch-litauischer Verwaltung entstehen. Die polnischen Delegierten konnten diese litauischen Verhandlungsbedingungen gemäß ihrer Instruktion nicht annehmen und reisten deshalb am Sonntag ab.

Kowno, 19. September. (Litauische Telegr.-Agentur.) Jüdische Bürger Polens stehen scharenweise über die litauische Grenze, um vor den polnischen Judenverfolgungen und einer rückhaltlosen Mobilisation Schutz zu suchen. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen veretzt.

Niederlage der Linken bei den schwedischen Wahlen.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. U.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Kopenhagen: Die Ergebnisse der schwedischen Wahlen zur zweiten Kammer liegen jetzt vor. Die Konservativen erhielten 48 Sitze (gegen die letzten Wahlen ein Gewinn von 11), der Agrarverbund 4 Sitze (dieselbe Zahl wie zuletzt), der Bauernbund 11 Sitze (ein Gewinn von 8 Sitzen); dies sind die Rechtsparteien. Die Linksparteien schieden mit bedeutenden Verlusten ab. Die Liberalen bekommen 29 Mandate (ein Verlust von 3), die Sozialdemokraten 61 (ein Verlust von 5), die Sozialisten 1 (ein Verlust von 3 Sitzen). Nach der Heftigkeit, mit der der Wahlkampf diesmal von allen Parteien, auch den Liberalen und Sozialdemokraten, geführt wurde, ist die Art der Regierungsbildung noch nicht mit Sicherheit zu bestimmen. Die Liberalen bleiben trotz ihrer Verluste das Jüngste an der Wage. Einen Zusammenschluß mit den Rechtsparteien zu einem bürgerlichen Block haben sie schon, ehe die Wahlschlacht begann, abgelehnt und es ist nahezu ausgeschlossen, daß sie jetzt dafür zu haben sein werden. Mit den Sozialdemokraten haben die Liberalen eine heftige Wahlfehde über die Frage der Sozialisierung geführt, deren Durchführbarkeit das Ministerium Branting in mehreren von ihm eingesetzten Kommissionen prüfen ließ. Der liberale Führer Professor Eden hat jetzt die Diskussionen mit Heftigkeit abgelehnt. Trotzdem wird, wenn nicht eine Minderheitsregierung eingreifen soll, eine liberal-sozialdemokratische Koalition das aussichtsreichste Verhandlungsziel werden. Von den sozialdemokratischen Blättern empfiehlt das Malmöer Blatt diese Lösung als die einzig mögliche.

Vorbereitungen für einen Balkanbund.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. U.) Das Berliner Tageblatt meldet: Wie die Neue Freie Presse meldet, ist der bulgarische Ministerpräsident Stamuloff von Sofia nach London abgereist, ebenso auch Take Jonescu. Auf der Rückreise wird sich Stamuloff in Prag und Wien aufhalten, um mit den führenden Politikern zu konferieren. Anfang Oktober wird in Bukarest eine Konferenz der Ministerpräsidenten aller Balkanstaaten stattfinden. Diese Beratungen sollen zur Besserung der zwischen den einzelnen Balkanstaaten bereits angeknüpften Beziehungen führen. Es sollen Fäden gesponnen werden, welche sich bereits zwischen Griechenland und Rumänien, ferner zwischen Rumänien und Bulgarien sowie zwischen Bulgarien und Jugoslawien zu entwickeln beginnen und es soll ein Zusammengehen in den allen Staaten gemeinsamen Fragen erzielt werden, was zur Bildung eines Balkanbundes führen soll.

Dr. Wirth und Dr. Heinze bleiben im Amte?

Berlin, 21. September. Die gestern von einem Berliner Mittagsblatt verbreitete Nachricht, der Justizminister und Vizeminister Dr. Heinze sei zum Gesandten in Bukarest ernannt worden und aus dem Reichskabinett ausgeschieden und in der Vizeministerchaft durch den jetzigen Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz ersetzt worden, entspricht, wie das Berliner Tageblatt erfährt, nicht den Tatsachen. Dr. Heinze befindet sich zur Zeit auf Urlaub und ihm nahestehenden Kreisen ist von der obigen Nachricht nichts bekannt. Nach weiteren Meldungen aus Berlin hat sich auch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth entschlossen, im Amte zu bleiben, nachdem es gelungen sein soll, die Differenzen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Reichspost- und Reichsverkehrsministerien, sowie in der Besoldungsangelegenheit beizulegen.

Cupen und Malmedy Belgien zugesprochen.

U. Brüssel, 21. September. Der Völkerverbund hat Cupen und Malmedy Belgien zugesprochen. Die Entscheidung soll am Sonntagmittag in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden. In Belgien sind die Bürgermeister angewiesen worden, diesen Tag durch Glockengeläut und Flaggenhissung feiern zu lassen.

Die Bergarbeiterbewegung in England. Neue Verhandlungen.

London, 20. September. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern werden heute wieder aufgenommen werden. Die Regierung wird ein besonderes Schlichtegericht zur Beratung der Forderungserhöhung ernennen.

Die Präsidentenkrise in Frankreich. Millerand Präsidentschaftskandidat.

Paris, 20. September. (Havas.) Millerand hat, dem Wunsch der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen.

Der Kampf in Italien. Anerkennung der Betriebskontrolle.

Rom, 19. Sept. Im Ministerium des Innern hatte Giolitti eine Besprechung mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiter unter Teilnahme der Präfekten von Mailand und Turin. Giolitti betonte in seiner einleitenden Rede, daß der Geist der Mäßigung notwendig sei, um die schwere Krise zu lösen. Alle in Frage kommenden Punkte wurden erörtert. Bezüglich der von den Industriellen für notwendig erachteten Arbeiterentlassungen schlug Giolitti eine verfähnlichere Formulierung vor, worauf die Vertreter der Arbeiter und der Industriellen getrennt berieten. Nach Wiederaufnahme der gemeinsamen Besprechung erklärten die Industriellen, die Formulierung Giolittis nicht annehmen zu können, aber sie müßten sie wohl über sich ergehen lassen. Giolitti erklärte, daß er die Verantwortung mit übernehme. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Da die gewerkschaftlichen Verbände eine Kontrolle der Betriebe zum Zwecke der Steigerung der Produktion und der Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens für notwendig erachten und sich der Einführung der Kontrolle nicht widersetzen, wird ein paritätischer Ausschuss gebildet, der Vorschläge unterbreiten soll für ein von der Regierung ausgearbeitetes Gesetz. Die industriellen Organisationen sollen auf der Grundlage der Beteiligung der Arbeiter bei der technischen und finanziellen Kontrolle sowie in den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen aufgebaut werden. Diese Vorschläge sollen sich auch erstrecken auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Die Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen. Aber wenn ein Zusammenarbeiten im gleichen Betriebe oder in derselben Betriebsabteilung zwischen Arbeitern und ihren Vorgesetzten unerträglich wird, wird ein Ausschuss von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötigen Maßnahmen treffen.

Rom, 20. Sept. (Stefani.) Nach der Besprechung im Ministerium des Innern legten die Industriellen und die Arbeiter ein Verhandlungsprotokoll auf, das betont, daß die Arbeiter eine wirkende Kraft der Vereinbarungen vom 1. Juli ab und Bezahlung der Löhne der Arbeiterverweigerung und des ihnen erwachsenen Schadens fordern, die Industriellen aber diese Forderungen ablehnen, daß ferner beide Teile den Beginn der Geltung des neuen Tarifs auf den 15. Juli festsetzen und jede Bezahlung für die Tage der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter ausschließen. Das Protokoll bezeugt den Industriellen, daß sie Giolittis Formel über die Entlassung von Arbeitern als ihnen gemachte verbindliche Vorschläge hinnehmen.

Messaggero hört, daß der Allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die besetzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeiterverband versichere, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

Paris, 20. Sept. Laut Echo de Paris ist in Brescia die Carabinieri-Kaserne und in Turin eine chemische Fabrik, die sich noch in den Händen von nichtrevolutionären Arbeitern befindet, von roten Garden (?) gestürmt worden.

Antimilitaristische Kundgebungen.

Rom, 20. Sept. (T. U.) In verschiedenen Teilen Italiens kam es anlässlich der militärischen Anhebungen zu revolutionären Kundgebungen. In Livorno riefen die Militärschlichtigen durch die Stadt und riefen: „Hoch Lenin, hoch die Revolution!“

Der Aufmarsch zum Wahlkampf in Oesterreich.

Das Verbrechen der Kommunisten an der Revolution.

Von Julius Braunnthal, Wien.

Obgleich noch Ruhe in Oesterreich herrscht, so ist es doch die Ruhe vor einem Sturm, der in der Geschichte Oesterreichs beispielsweise werden wird. Der Wahlkampf, der in den nächsten Tagen in Oesterreich einsehen wird, wird der erbitterteste, härteste und ungestümste werden, der jemals ausgetragen wurde, denn die Wahl am 17. Oktober wird für die Geschichte der jungen Republik von weittragender Bedeutung werden.

Der Zusammenbruch der Zentralmächte hat der österreichischen Arbeiterklasse ein außerordentliches Maß von Macht in die Hände gespielt. Die österreichische Sozialdemokratie hat mit seltener Befonnenheit und größtem Geschick diese Macht im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen verstanden. Sie hat innerhalb zweier Jahre aus diesem Trümmerhaufen, den das zerbrochene Habsburgerreich hinterlassen hat, eines der freiesten republikanischen Gemeinwesen Europas aufgebaut; sie hat ein Arbeiterrecht geschaffen, das sie an die Spitze der sozialistischen Gesetzgebung der Welt stellt. Während in Budapest und München die Rätediktatur der Konturrevolution den Weg bereitete, hielt die österreichische Arbeiterklasse den Verlockungen von Osten und Westen stand und wehrte dadurch den Sieg der Reaktion ab. So darf die Sozialdemokratie als einzige Vertreterin der Arbeiterklasse im Parlament aus ihrer zweijährigen Tätigkeit das Ergebnis ziehen, daß sie der mitteleuropäischen Demokratie eine Schlüsselstellung beschaffen hat, die für die Stellung und Behauptung der gesamten europäischen Demokratie von größter Bedeutung ist.

In diesen beiden Jahren sind die Mächte der Konturrevolution in ganz Europa gewaltig erstarbt. Oesterreich ist das ärmste aller Länder, am härtesten durch den Krieg getroffen, am furchtbarsten verarmt. Der Friede, den die Entente Oesterreich diktiert hat, hat die durch den Krieg geschaffene Not vertaufendacht. St. Germain ließ den Oesterreichern nur das kleinste, unfruchtbare Gebirgsgebirge, die kohlensamen Kalkalpen, ein Land ohne Rohstoffe und Lebensmittel. Die Zweimillionenstadt, die sich am Ostrand Oesterreichs erhebt, kann aus den Quellen des eigenen Landes nur drei Monate im Jahr ernährt werden. Die Lebensmittelfuhr ist aber unterbunden, weil die Warenausfuhr durch die gedrosselte Industrie stockt. Oesterreichs Bevölkerung kann nicht im vollen Maße produzieren, weil es seinen Fabriken an Kohlen, seinen Maschinen an Öl, Benzin und Rohstoffen fehlt. Es kann sich daher keine Nahrung im Auslande nicht kaufen, weil es nicht zu exportieren vermag. Die Folge ist eine wachsende Ueberflutung des inneren und äußeren Geldmarktes mit wertlosen Papierkronen, das Fallen der österreichischen Wärluta, eine schwellende beispiellose Teuerung. Unterernährung, Siedhung und Hungersnot haben Tausende Säuglinge, Kinder, Frauen und Männer vorzeitig hinweggerafft. Dieser unerhörten Not in der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und im St. Germainer Frieden im besonderen begründeten Not steht natürlich auch die Sozialdemokratie machtlos gegenüber. Diese Not ist aber Helfershelfer der Reaktion. Die titanische Leistung der Sozialdemokratie, das Minimum an Nahrung für das Sechsmillionenvolk zwei Jahre durch Kredite und Käufe im Auslande gesichert zu haben, verschweigt die Reaktion der Bevölkerung. Sie verweist nur auf die herrschende Not und macht dafür die Sozialdemokratie verantwortlich. Das wachsende Finanzchaos zwang naturgemäß die Sozialdemokratie, die rückichtsloseste Besteuerung des Besitzes zu fordern. In der Tat gelang es, eine Vermögensabgabe Gesetz werden zu lassen, die den Besitzenden infolge des Widerstandes der Reaktion freilich nicht alles Ueberflüssige, aber doch einen erheblichen Teil ihres Reichthums konfisziert. Es gelang, Steuergesetze zu schaffen, die die im Kriege und in der Revolution zugewachsenen Vermögen hart angreift und vom Luxus einen schweren Tribut fordert. Die Empörung der Steuerzahler, die über die ganze bürgerliche Presse verfügen und damit über einen erheblichen Teil der öffentlichen Meinung, wendet sich daher mit aller Leidenschaft gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat eindrucklich als den Weg aus den österreichischen Nöten den Anschluß an Deutschland gezeigt. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland ist der Anschluß der österreichischen Revolution an die deutsche Revolution. Daher verbündete sich die gesamte Reaktion zu der einen kompakten Masse gegen den Anschluß an Deutschland.